



## MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

### NEWSLETTER

### 2\_2012

#### Inhalt

#### IM INTERVIEW:

#### **Hülya Dagli, Siemens AG** 3

Für die Siemens AG ist das Thema „Innovation“ von zentraler Bedeutung. Neue Produkte und Technologien müssen nicht nur entwickelt, sondern vor allem auch vermittelt werden. Hülya Dagli erläutert, was eine gute Innovationskommunikation auszeichnet.



#### **IM PORTRÄT: Gudrun Schaich-Walch, Staatssekretärin a. D.** 5

Die Gesundheitsexpertin arbeitete 20 Jahre als physikalisch-technische Assistentin, bevor sie in den Bundestag gewählt wurde.

#### **Mitteilungen aus dem Vorstand** 7

Die Permanente Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik des Managerkreises hat eine neue Sprecherin.

#### **Wer kümmert sich in Zukunft um die Alten?** 7

Ein neues Positionspapier des Managerkreises gibt Antworten auf die Herausforderungen der alternden Gesellschaft: Delegation forcieren, Substitution ermöglichen und Innovation fördern.

#### **Regulierung und Finanzkrise: Börsenorganisation als integraler Lösungsbestandteil** 10

Börsenchef Reto Francioni betont, dass der „Casino-Kapitalismus“ seinen Platz nicht an der Börse hat. Das Problem sei der außerbörsliche Handel, in dem das Recht des Stärkeren gelte.

#### **Noch 50 Tage bis zur Eröffnung des Hauptstadt-Flughafens...?** 11

Als die Mitglieder des Managerkreises im April den Willy-Brandt-Flughafen besichtigten, war die Welt noch in Ordnung und die Eröffnung stand kurz bevor.



#### **Wohlstand ohne Wachstum, geht das? – Wie Politik wirklich glücklich machen kann** 12

Wohlstand wird meist in Kategorien des Wirtschaftswachstums gemessen. Wächst das Bruttoinlandsprodukt, geht es einer Gesellschaft gut. Macht uns stetiges Wachstum als Gesellschaft automatisch zufriedener?

#### **Niedersachsens Unternehmen brauchen qualifizierte Nachwuchskräfte** 14

Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder und der Vorsitzende der SPD Niedersachsen Stephan Weil fordern von der aktuellen Regierung bezüglich der Energiewende „Nägel mit Köpfen“.

#### **Was kann die NRW.Bank für Nordrhein-Westfalen tun?** 15

Der Chef der NRW.Bank Dietmar Binkowska war zu Gast zu einem Hintergrundgespräch.

#### **Der Managerkreis Bayern unterwegs...** 15

beim Modeunternehmen Bogner.



## MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

**NEWSLETTER**

**2\_2012**

### **Inhalt**

#### **Kann man Akzeptanz kaufen? Die Rolle der Medien bei der gesellschaftlichen Meinungsbildung 16**

Um Großprojekte umzusetzen, müssen sich Politik und Wirtschaft intensiv mit dem Thema Akzeptanz auseinandersetzen. Andernfalls ist das Risiko massiver Widerstände groß. Es wird zunehmend unverzichtbar, Akzeptanz zu kaufen.

#### **Klimadebatte und Energiepolitik 17**

Mit seinem Buch „Die kalte Sonne“ hat der Vorstand der RWE Innogy Fritz Vahrenholt die Klimadebatte in Deutschland erneut angeheizt. Er war zu Gast beim Managerkreis Bayern, um über die Energiewende zu diskutieren.

#### **Sozialdemokratie gewinnt in NRW – Analyse der Landtagswahlen 18**

Der Forsa-Chef Manfred Güllner sorgt sich um den Wählerschwund der Volksparteien.

#### **Jobmotor oder Standortrisiko? Die Energiewende in Deutschland 19**

Bis 2020 sollen alle deutschen KKW vom Netz gehen – ein ehrgeiziges Ziel, das auch Kritiker hat. Sie befürchten eine „Überforderung der Erneuerbaren“.

#### **Hintergrundgespräch mit Jörg Asmussen 20**

Der deutsche EZB-Vertreter betont die Stabilität des Euros und äußert sich optimistisch über die Zukunft Europas.

#### **Literaturhinweise 20**

#### **Terminübersicht 21**

#### **IMPRESSUM**

V.i.S.d.P. Werner Rechmann  
Koordination & Schlussredaktion:  
Dagmar Merk

Design: **zenobi** zenobi GmbH  
Redaktion: zenobi GmbH, Simone Varias  
Fotos: Friedrich-Ebert-Stiftung, Brigitte Hiss,  
Hans Werner Blume, Gaby Waldek, Rainer  
Rüfler  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Managerkreis  
Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin  
Fon 0 30 / 2 69 35 70 53  
Fax 0 30 / 2 69 35 92 36

[www.managerkreis.de](http://www.managerkreis.de)

E-Mail: [managerkreis@fes.de](mailto:managerkreis@fes.de)



## IM INTERVIEW:

### Hülya Dagli, Trainee in der Unternehmenskommunikation (Corporate Communications and Government Affairs) der Siemens AG

Hülya Dagli studierte Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik an der Universität Duisburg-Essen und ist seit April 2011 Trainee/Volontärin bei der Innovationskommunikation der Siemens AG in München. Sie promoviert gleichzeitig als externe Doktorandin an der Ruhr-Universität Bochum zum Thema Bürgerbeteiligung bei Großprojekten. Hülya Dagli war Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung und ist seit Mai 2011 Mitglied des Managerkreises.



Einer der Slogans von Siemens lautet: „Die Welt von morgen braucht unsere Antworten schon heute.“ – Was sind für Sie die größten Herausforderungen der Welt von morgen?

*Letzten Oktober konnten wir den 7-milliardsten Erdenbürger auf der Welt begrüßen – noch nie zuvor lebten so viele Menschen gleichzeitig auf unserem Planeten! Laut UN-Statistiken müssen wir zur Mitte des 21. Jahrhunderts sogar mit über neun Milliarden rechnen. Dieses enorme Wachstum hat Auswirkungen auf unseren Ressourcenverbrauch. Schon heute verbraucht die Menschheit deutlich mehr natürliche Ressourcen, als das ökologische Gleichgewicht verträgt. Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir bis 2050 die Ressourcen von zwei bis drei Erden brauchen, wir haben aber nur eine. Außerdem werden wir Menschen nicht nur mehr, sondern auch immer älter. In Deutschland wird beispielsweise im Jahr 2050 jeder Dritte älter als 65 Jahre und jeder Siebte älter als 80 Jahre sein. Dies stellt unsere Gesundheitsversorgung vor große Herausforderungen.*

Heute zu wissen, was der Markt morgen nachfragt – warum ist das so wichtig?

*Albert Einstein sagte einst: „Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich den Rest meines Lebens zu verbringen.“ Ich glaube, das sagt alles. Wenn ein Unternehmen Trends und die bereits genannten Herausforderungen identifiziert, weiß es, auf welchen Feldern es zu investieren hat. Siemens etwa hat sein Produktportfolio gänzlich auf Zukunftstrends ausgerichtet. Nehmen wir die Urbanisierung: Vor zweihundert Jahren lebten nur drei Prozent der Weltbevölkerung in Städten. Heute sind es mehr als die Hälfte, und der Trend setzt sich fort. Siemens hat daher den Sektor „Infrastructure & Cities“ gegründet. Hier bündeln wir alle Technologien für Ballungsräume und deren Infrastruktur – von der Gebäudetechnik bis zur nachhaltigen Mobilität. So sind wir für die Zukunft gut gerüstet.*

Was genau verstehen Sie unter Innovationen?

*Kurz und knackig: Forschung ist die Umwandlung von Geld in Wissen – und Innovation ist die Umwandlung von Wissen in Geld. Innovationen sind damit einer der entscheidenden Eckpfeiler für die weltweite Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Außerdem steigern Innovationen die Lebensqualität. Das beste Beispiel dafür sind Fortschritte in der Medizin.*

Welche Innovationen werden künftig unser Leben am meisten verändern? Auf welche Innovation ist Siemens im Moment besonders stolz?

*Wenn wir die Herausforderungen, die vor uns liegen, meistern wollen, dann brauchen wir eine Fülle von Innovationen. Nehmen wir zum Beispiel die weltweit größte und effizienteste Gasturbine, die im Kombibetrieb mit einer Dampfturbine einen Wirkungsgrad von 60,75 Prozent erreicht – der derzeitige Weltrekord. Das bedeutet, dass pro erzeugter Kilowattstunde ein*



*Drittel weniger Erdgas verbraucht wird als beim Durchschnitt vergleichbarer Kraftwerke. Für die Energiewende also nicht gerade unwichtig. Ein weiteres Beispiel kommt aus der Medizintechnik: Der von Siemens entwickelte Biograph mMR vereint erstmals die Magnetresonanztomographie (MRT) und Positronen-Emissions-Tomographie (PET) in einem einzigen Gerät – eine Weltneuheit. Damit können Ärzte mit nur einem Gerät zum ersten Mal Veränderungen im Aufbau von Organen im Körper, ihre Funktion sowie deren Stoffwechsel gleichzeitig erfassen. Für Patienten bedeutet dies: individuelle, schonendere Therapien und bessere Heilungschancen.*

Siemens gibt neben VW laut einer Studie in Deutschland am meisten für Forschung und Entwicklung aus. Wie stellt man sicher, dass aus Ideen auch Innovationen werden?

*Bei einigen Künstlern frage ich mich: Wie schaffen die es nur, auf solche Ideen zu kommen? Ist es wirklich nur die natürliche Begabung? Nein, ich bin sicher, es sind auch die Rahmenbedingungen, die ihre Kreativität aufblühen lassen. So ist es auch bei Innovationen: Kreative Köpfe brauchen Freiräume, Motivation und den Austausch mit anderen. Nehmen wir beispielsweise die Turbine: Hierfür waren zehn Jahre Entwicklungsaufwand notwendig und 750 Ingenieure, die daran arbeiteten. Wussten wir von Anfang an, dass es ein derartiger Erfolg wird? Nein, wussten wir nicht. Doch das ist sicherlich kein Grund, das Risiko zu scheuen. Innovationen brauchen Kontinuität, und der Aufwand lohnt sich. Siemens ist Europa-Patentmeister. Die Zahl unserer Erfindungsmeldungen gegenüber 2010 stieg im Jahr 2011 um zehn Prozent auf 8.600 Erfindungen, das sind fast 40 pro Arbeitstag. Kreativ, oder?*

Open Innovation, also die Einbindung von Konsumenten/Kunden in Innovationsprozesse, ist das neue Schlagwort. Wieso sollten Innovationen in einer offenen Umgebung entstehen?

*Bei Open Innovation wird die Intelligenz der Märkte genutzt. Dies ist vor allem in einer zu-*

*nehmend globalisierten Welt mit weltweit unterschiedlichen Bedürfnissen wichtig. Heute lassen sich Innovationen nicht mehr hinter geschlossenen Labortüren vorantreiben. Auch Kunden, Zulieferer und Forschungsinstitute beziehungsweise Universitäten sollten sich bereits frühzeitig im Entwicklungsprozess beteiligen. So können Unternehmen die Einführungszeit neuer Produkte verkürzen sowie durch Kundenbefragungen schon im Vorfeld Flops entdecken und vermeiden. Außerdem: Je unterschiedlicher die Beteiligten in einem Prozess sind, desto mehr Ideen fließen ein und desto wahrscheinlicher ist es, dass die passende Lösung entwickelt wird.*

Innovationskommunikation und die damit verbundene Imagebildung konkreter Innovationen sind ein entscheidender Faktor in einem Innovationsprozess. Was zeichnet eine gute Innovationskommunikation aus?

*Gute Innovationskommunikation macht meiner Meinung nach technische Themen fassbar, greift ökonomische und gesellschaftliche Herausforderungen auf und dockt sie an eigene Innovationsthemen an. Nur so kann man die Zielgruppen dabei unterstützen, die jeweiligen Innovationen in einen Bedeutungsrahmen einzuordnen. Außerdem sollte sich Innovationskommunikation nicht nur am Ende eines Innovationsprozesses einklinken, sondern bereits im Entstehungsprozess – wenn nicht sogar durch Trendanalysen Innovationen anregen.*

Was unterscheidet eigentlich die klassische „Technologie-PR“ von den Werkzeugen der „Innovationskommunikation“?

*Die Technologie-PR hat eigentlich nur eine Ankündigung- und Erklärungsfunktion. Innovationskommunikation hingegen sollte auch auf wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte und übergeordnete Trends eingehen. Hier geht es nicht nur um die reine Technik, sondern um die Bedeutung für jeden Einzelnen und die gesamte Gesellschaft, den Weitblick.*

Was bedeutet das für die Innovationskommunikation? Welche Kanäle der Kommunikation nutzen Sie bei Siemens dafür?



Unser Leitmedium ist seit zehn Jahren unsere Zeitschrift für Forschung und Entwicklung „Pictures of the Future“, die in über 100 Länder in unterschiedlichen Sprachen verschickt wird. Unsere Zielgruppen sind Wissenschaftler, Journalisten, Manager, Fachleute, Entscheidungsträger, aber auch Studenten und Verbände. Darüber hinaus publizieren wir einen eigenen Medienservice InnovationNews, der jede Woche allgemeinverständlich über Innovationen von Siemens berichtet, sowie die klassische Pressearbeit und unsere Innovations-Website. Zudem hat Siemens eigene Blogs, auf denen wir mit Externen und Internen in einen Dialog treten. Nicht zu vergessen die sozialen Netzwerke wie Facebook, Xing, Twitter oder LinkedIn. Hier sind nicht nur viele unserer Arbeitnehmer aktiv, es ist auch ein weiterer Weg, um neue Aktivitäten publik zu machen und mit potenziellen Kunden oder Partnern in Kontakt zu treten. Dies alles ergänzt die klassischen Wege wie Vorträge, Konferenzen oder die Werbemaßnahmen der Answers-Kampagne.

Deutschen Medien wird bei der Innovationsberichterstattung oft eine zu starke Fokussierung auf Risiken nachgesagt. Ist das auch Ihre Einschätzung und wie kann die PR damit umgehen?

Morgenstern sagte einst: „Jede Schöpfung ist ein Wagnis.“ Genauso ist es mit Innovationen. Grundsätzlich sind sie aber etwas Positives, weil sie ja zur Lösung von Problemen wie Ressourcenknappheit, Klimawandel oder eine alternde Bevölkerung entwickelt wurden. Eine ehrliche Kommunikation und Transparenz sind dabei aber entscheidend, denn sonst leidet die Glaubwürdigkeit. Auch zu schnelles Hochjubeln könnte schaden. Echte Fortschritte und Akzeptanz bei der Umsetzung von Großprojekten beispielsweise hängen zu einem wesentlichen Teil von offener und ehrlicher Kommunikation ab – nicht eingehaltene Versprechen, Unwahrheiten und zu komplexe Beschreibungen erreichen das Gegenteil. Dann ist es kein Wunder, wenn die Risiken im Vordergrund stehen, über die die Medien heutzutage immer gern berichten. Das allerdings liegt glaube ich leider in der Natur der Dinge.

## IM PORTRÄT: Gudrun Schaich-Walch, Staatssekretärin a. D. und Unternehmensberaterin / Sprecherin der Managerkreis Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik

### Aus dem Labor in den Bundestag

„Wenn es mir ganz schlecht ging, habe ich ‚Jenseits von Afrika‘ gelesen. Da war ich schon nach der ersten Seite beruhigt. Wenn es ganz schrecklich war, dann habe ich die schnulzigen Songs von Dean Martin gehört und bin dabei auf- und abgelaufen“, erinnert sich Gudrun Schaich-Walch an die erste Zeit, nachdem sie das Labor gegen den Bundestag eingetauscht hatte und sich fragte, ob und wo sie überhaupt gebraucht wurde. Sie hatte nicht geplant, Berufspolitikerin zu werden. Doch es kam anderes.



Gudrun Schaich-Walch wurde 1946 in Kopenhagen geboren. Ihr Vater, ein engagierter Sozialdemokrat und Gewerkschafter, musste nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten seine Heimatstadt Königsberg verlassen und nach Dänemark ins Exil gehen. Hier lernte er die junge Maria Korell kennen, die während des Krieges als Flüchtling über die Ostsee aus Danzig nach Kopenhagen kam. Als ihre gemeinsame Tochter Gudrun zur Welt kam, war der Krieg zwar zu Ende, doch erst drei Jahre später wurden die dänischen Internierungslager geräumt. Mutter und Tochter verließen das Land und kamen nach Deutschland. Ihr neues Zuhause wurde die Schwäbische Alb, bis der Vater 1956 Arbeit als Elektroingenieur in Frankfurt fand und die Familie in die Mainmetropole übersiedelte.

Nach ihrem Schulabschluss wollte Gudrun Schaich-Walch Bauingenieurin werden. Doch



die Baubranche war in den 60er Jahren noch eine reine Männerdomäne: „Da war kein Reinkommen für mich als junge Frau.“ Gudrun Schaich-Walch fand einen anderen Traumberuf. Nach einem halbjährigen Praktikum am Max-Planck-Institut für Biophysik stand für sie fest, dass sie im Labor arbeiten wollte: „Ich wollte ausprobieren und fummeln. Ich habe unglaublich viel Geduld. Ich bin auch ganz schwer zu entmutigen.“ Sie absolvierte eine Ausbildung zur physikalisch-technischen Assistentin und ging 1969 zur Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung, wo vor allem an der Wirkung von radioaktiver Strahlung auf den Menschen und einer möglichen medizinischen Nutzung geforscht wurde: „Wir haben Methoden entwickelt, wie man Radioaktivität im Körper überhaupt findet. Die Erkenntnisse, die wir damals über Radioaktivität gesammelt haben, waren unglaublich hilfreich, als die Katastrophe in Tschernobyl passierte“, erzählt sie über ihre spannende Arbeit.

Neben ihrem Beruf war Gudrun Schaich-Walch schon früh politisch aktiv. Bereits 1972 trat sie in die SPD ein. 1981 übernahm sie ihre erste politische Funktion als Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Frankfurt Sachsenhausen-Ost. 1985 zog sie als Stadtverordnete in das Frankfurter Stadtparlament, den Römer, ein und widmete sich als gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion vor allem der Drogenpolitik. „Wir hatten in Frankfurt ein großes Drogenproblem. Es gab immer mehr HIV-Infizierte. Wir hatten damals einen CDU-Bürgermeister, der die HIV-infizierten Prostituierten in die geschlossene Psychiatrie stecken wollte. Das war der Moment, wo ich zum ersten Mal so richtig politisch aktiv geworden bin.“ Ihr Ziel war von nun an, den Drogenabhängigen „Hilfe statt Strafe“ anzubieten – ein Programm, das auch innerhalb der SPD umstritten war. Mutig und entschlossen setzte sie sich gegen Anfeindungen zur Wehr und hatte schließlich Erfolg.

Die Drogenpolitik begleitete Gudrun Schaich-Walch auch weiter, als sie 1990 in den Bundestag gewählt wurde: „Ich habe gedacht, jetzt bist du 44 Jahre alt, warum nicht noch einmal

etwas ganz Neues anfangen. Das war sehr reizvoll.“ Von nun an pendelte sie zwischen Frankfurt und Bonn, später Berlin. Ihre Tochter Pia war damals erst 10 Jahre alt. Um deren Betreuung kümmerte sich von nun an ihr Ehemann, der dafür auf eine Halbtagsstelle wechselte. 1998 wurde Gudrun Schaich-Walch gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Als Ulla Schmidt im Januar 2001 neue Gesundheitsministerin wurde, folgte ihr Gudrun Schaich-Walch als parlamentarische Staatssekretärin in das Ministerium und brachte die Gesundheitsreform mit auf den Weg. 2002 kehrte sie in die Fraktion zurück und wurde stellvertretende Fraktionsvorsitzende für den Bereich Gesundheit und Soziale Ordnung.

Gudrun Schaich-Walch stand damals voll und ganz hinter dem Reformprogramm der Agenda 2010 von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Als dieser 2005 die Vertrauensfrage stellte, stimmte sie mit „Ja“ und zog sich kurz darauf nach 15 Jahren aus der Berufspolitik zurück: „Ich habe aufgehört als die große Koalition drohte. Ich wollte wirklichen Einfluss auf politische Beschlüsse nehmen und befürchtete, dass das nun nicht möglich sein würde“, beschreibt sie ihre Motivation, nicht mehr für den Bundestag zu kandidieren.

Gudrun Schaich-Walch nahm sich zunächst eine Auszeit. Sie widmete sich ihren Hobbys Lesen, Kochen, Laufen und Segeln und lernte Italienisch. Doch schon bald kamen die ersten Anrufe und sie wurde als Gesundheitsexpertin immer gefragter. Vor allem Krankenkassen legen Wert auf ihren gesundheitspolitischen Sachverstand. Sie zählt beispielsweise zum Beraterkreis der BKK Gesundheit. Darüber hinaus ist sie Referentin und Moderatorin zahlreicher Tagungen und Konferenzen. Auch in der Permanenten Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik des Managerkreises engagiert sie sich. Im März 2012 wurde Gudrun Schaich-Walch deren Sprecherin und Mitglied im Vorstand des Managerkreises: „Die Kontakte, die man über den Managerkreis bekommt sind exzellent und ich kann auch meine eigenen Kontakte mit ein-



bringen. Ich sehe das, was wir tun als ein Stück Zuarbeit für die Politik“.

Ein für sie wichtiges Thema ist die Gesundheitswirtschaft. Sie weiß um die Bedenken, die teilweise auch unter SPD-Mitgliedern vorhanden sind, wenn sie erklärt, warum man auch mit Gesundheit Geld verdienen muss: „Gesundheit und Wirtschaft gehören zusammen. Wir haben im Gesundheitswesen 4,8 Millionen Beschäftigte. Für die haben wir auch eine Verantwortung. Man muss mit Gesundheit auch Geld verdienen, weil man sonst nicht investieren kann. Das sieht man an vielen Krankenhäusern, die in einem schlechten Zustand sind.“

Auch wenn Gudrun Schaich-Walch seit August des vergangenen Jahres Rentnerin ist, denkt sie nicht daran, sich zur Ruhe zu setzen. Es gibt noch viele Themen, die sie anpacken möchte. Ihr aktuelles Projekt beschäftigt sich mit dem Tabu-Thema „Frauen und Inkontinenz“. „Inkontinenz führt häufig zur Ausgrenzung der erkrankten Frauen. Sie ziehen sich zurück und verlassen das Haus nicht mehr.“ Wie einst bei ihrem Engagement für HIV-Infizierte zu Beginn ihrer politischen Laufbahn setzt sich Gudrun Schaich-Walch wieder dafür ein, dass sich die Situation der Betroffenen verbessert: „Krankheit darf niemals Grund für gesellschaftliche Isolation werden“, so ihre feste Überzeugung.

### **Mitteilungen aus dem Vorstand: Die Permanente Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik hat eine neue Sprecherin**

Seit März 2012 leitet Gudrun Schaich-Walch die Permanente Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik (PAG) des Managerkreises. In dieser Funktion ist sie seit diesem Zeitpunkt Mitglied im Vorstand des Managerkreises. Der Vorstand freut sich über weibliche Verstärkung und gesundheitspolitischen Sachverstand im Gremium. Mehr über Gudrun Schaich-Walch erfahren Sie im Porträt auf Seite 5.

### **Wer kümmert sich in Zukunft um die Alten?**

**Die Zahl der über 80-Jährigen in Deutschland steigt zwischen 2010 und 2030 um 50 Prozent auf mehr als 6 Millionen Menschen an, die Zahl demenziell Erkrankter von heute rund 1,3 Millionen auf 2 Millionen. Gleichzeitig führen gesellschaftliche und soziodemografische Entwicklungen – so beispielsweise der Trend zum Ein-Personen-Haushalt, hohe Scheidungsraten, die geforderte Arbeitsplatzmobilität etc. – zu einem kontinuierlichen Rückgang der Pflege durch Angehörige.**

Der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung nahm diese dramatische Situation zum Anlass, um im Rahmen einer Podiumsveranstaltung am 22. Mai 2012 sein Positionspapier „Delegation – Substitution – Innovation. Neue medizinische Versorgungsformen für eine alternde Gesellschaft – Chancen für ein längeres Leben zu Hause“ vorzustellen und darüber mit Fachleuten aus der Ärzteschaft, der Pflege, den gesetzlichen Krankenkassen und der Politik zu diskutieren.

Zunächst wurde das Papier vom Co-Autor Stefan David, Vorstand Lohfert & Lohfert, erläutert. Zum Einstieg in die Diskussion präsentierte Hans-Werner Pfeifer vom GKV-Spitzenverband Einschätzungen zum Ansatz der Delegation und Substitution. Die Verlagerung ärztlicher Aufgaben sei zwar in vielen Bereichen bereits üblich, doch selbst in multiprofessionellen Einrichtungen fehle oftmals die notwendige haftungsbezogene Rechtssicherheit, so Pfeifer. Eine Anpassung des arztzentrierten Haftungsrechts für Tätigkeiten sei zudem an klare Qualifikationsanforderungen geknüpft. Um also Delegation und/oder Substitutionspotenziale zu nutzen, müsse unbedingt das Ausbildungsrecht neu geregelt werden. Wenn neue Gesundheitsberufe substitutiv zwischen ärztlicher, pflegerischer und praxisverwaltender Kompetenz angesiedelt werden, müssten dabei zudem, wenn Zersplitterung vermieden werden soll, bundes-

einheitliche Berufsbilder, Ausbildungs-Curricula mit staatlicher Prüfung etc. entwickelt werden.

Neben den von Hans-Werner Pfeifer vorgetragene Hürden warnten Stimmen aus dem Publikum grundsätzlich vor Problemen, die eine zu unkontrollierte Delegation oder Substitution ärztlicher Leistungen auslösen könnten. Insbesondere die oftmals wenig klare Verantwortung für die dann erbrachte Leistung wurde hierbei vorgetragen: „Häufig ist eine ‚organisierte Unverantwortlichkeit‘ zu beobachten, bei der Aufgaben immer weiter delegiert werden.“ Bernhard Gibis von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) sprach in diesem Zusammenhang von zu verhindernden „Delegationskaskaden“, bei denen zu erbringende Leistungen vom Arzt über die Pflegekraft hin zu angelernten Mitarbeitenden weiterdelegiert würden.

Auch die Forderung nach neuen Berufsbildern, die von einigen Rednern als notwendige Voraussetzung für eine auch rechtlich abgesicherte Substitution eingeführt werden sollten, wird teilweise kritisch reflektiert. So meinte Gisela Bahr-Gäbel, Präsidiumsmitglied des Deutschen Pflegerates, dass viele Pflegekräfte bereits hochqualifiziert seien. Sie fuhr fort: „Warum sollen immer neue Berufe geschaffen werden? Eine einfache Weiterbildung reicht in den meisten Fällen sicher aus.“ Bernhard Gibis sah hier jedoch Einschränkungen. Wenn Substitution gelingen solle, müssten sich alle Beteiligten darauf verlassen können, dass die gewünschten hohen Standards erhalten blieben. Ob dies durch die derzeitige Qualifikation von Pflegekräften immer gewährleistet werden könne, müsse geprüft werden.

Angesichts der sich dramatisch zuspitzenden Situation drängten Stimmen aus dem Plenum darauf, neue Lösungsoptionen schnell in die Praxis zu tragen. Es dürfe nicht gewartet werden, bis die letzten Evaluationen gelaufen und die letzten Fragen der Haftung gelöst seien.

Schließlich wiesen Jürgen Gohde, Vorstandsvorsitzender des Kuratoriums Deutsche Altershilfe, KDA, und Gisela Bahr-Gäbel noch auf

eine grundsätzliche Problematik hin: Delegation könne nur funktionieren, wenn sich für die Aufgaben ausreichend Pflegekräfte fänden: „Delegation und Substitution fokussiert ja auf die Entlastung der Ärzte, wir werden aber auch einen Fachkräftemangel in der Pflege zu lösen haben“, so Bahr-Gäbel.

Diskutiert wurde auch die Notwendigkeit der Einführung innovativer Versorgungsformen. Weniger die „technische Frage nach Delegation oder Substitution“, sondern die „strukturellen Fragen“ müssten hier geklärt werden. Bernhard Gibis sah die Einbindung einer Reihe von Akteuren als wichtige Voraussetzung einer erfolgreichen Versorgungslandschaft an und nannte beispielhaft den ÖPNV, die Kommune und die Immobilienwirtschaft. „Was wir brauchen ist ein gesellschaftspolitisches Denken bei allen Akteuren“, so Gibis.

Gisela Bahr-Gäbel wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass innovative Konzepte nur gemeinsam mit der Kommune entwickelt und implementiert werden können. Jürgen Gohde sprach sogar von einer „Pflicht“ für die Kommunen: „Es muss Verbindlichkeit geschaffen werden. Dazu gehören auch die Fragen: Wer steuert? Wer übernimmt die Verantwortung? Hier ist der Begriff des ‚Kümmerers‘ wichtig und hier sollten sich die Kommunen stärker aufgefordert fühlen.“



Diesen Ansatz unterstrich Carola Reimann, Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit im Deutschen Bundestag: „Vieles kann nur aus den Kommunen heraus wachsen.“ Sie wies jedoch auch auf die Notwendigkeit hin, Bund und Länder in diesen Prozess mit einzubeziehen. Auf diesen Ebenen bestünden oftmals große Hürden für innovative Versorgungskonzepte. Ein Umstand, den Frau Bahr-Gäbel konkretisierte: „Insbesondere die unterschiedliche Heimgesetzgebung entpuppt sich oftmals als Hemmschuh.“



Auch Armin Lang, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG), forderte in diesem Zusammenhang eine größere Verbindlichkeit und Verantwortungsübernahme ein: „Wir leben doch in einer Situation, in der Recht und Gesetz mit Füßen getreten werden. Wir haben ein einklagbares Recht auf Pflegeberatung oder einen Rechtsanspruch auf Überleitungsmanagement – und nichts wird gelebt.“ Er sah zudem keine Chance, dass sich diese Situation in der gegenwärtigen Struktur der Selbstverwaltung alleine lösen lassen würde. „Es braucht klare Aufforderungen und Ansagen. Wenn etwas nicht bis zu einem gewissen Zeitpunkt erledigt wird, dann gibt es eben Zwang.“ Um dies zu erreichen, sei insbesondere die Politik in Verantwortung zu nehmen.

Carola Reimann ergänzte, dass „auch in der Politik selber die Vernetzung der Ressorts verstärkt werden muss.“ Hier läge ein großes, ungehobenes Potenzial brach. Zudem sah sie andere wichtige Akteure noch zu wenig in einer gemeinsamen Strategie für innovative Versorgungslandschaften eingebunden. Beispielsweise habe die Immobilienwirtschaft eine herausragende Bedeutung für die Versorgung einer alternden Gesellschaft und für die Implementierung von medizinischen Assistenzsystemen: „Hier könnte die Politik viel stärkere Anreize setzen, zum Beispiel mit einem attraktiven Angebot der KfW zur Finanzierung von nötigen Umbauten.“

Die Moderatorin Gudrun Schaich-Walch interpretierte die vielfältigen Impulse der Diskussion als Bestätigung der im Positionspapier des Managerkreises benannten Thesen. Insbesondere begrüßte sie die von allen Beteiligten unterstri-



chene Notwendigkeit zur Eile: „Die Herausforderungen, denen wir uns gegenüber sehen, machen eine Strategie des geduldigen Abwartens geradezu gefährlich“, so Schaich-Walch. Was hingegen benötigt werde, sei ein schnelles und entschiedenes Handeln aller Akteure. Insbesondere die Politik in Bund, Ländern und Kommunen müsse sich hier als „Kümmerer“ und „Treiber“ in die Verantwortung nehmen lassen.



[www.managerkreis.de/media/MK\\_PositionGesundheit\\_Delegation\\_Mai2012.pdf](http://www.managerkreis.de/media/MK_PositionGesundheit_Delegation_Mai2012.pdf)

### **Sie sind im Management oder als Unternehmer tätig und politisch interessiert?**

Der Managerkreis bietet Ihnen in acht Regionalgruppen und bei überregionalen Veranstaltungen die Möglichkeit, sich mit gleichgesinnten Managern und Unternehmern auszutauschen. Der Managerkreis besteht seit 1991 und umfasst mittlerweile über 1.300 Mitglieder. Sein Ziel ist es, eine Brücke zwischen Wirtschaft und Politik zu schlagen, und ein Netzwerk zwischen engagierten Managern zu knüpfen. Wir laden Sie herzlich ein, Mitglied im Managerkreis zu werden.

Hier finden Sie weiterführende Informationen:

[www.managerkreis.de](http://www.managerkreis.de)

Kontakt

Mitgliederservice

Dagmar Merk

Tel. 030-269657053

[managerkreis@fes.de](mailto:managerkreis@fes.de)

## Regulierung und Finanzkrise: Börsenorganisation als integraler Lösungsbestandteil

**Die Frage nach der Rolle und Verantwortung von Banken und Börsen und ihrer überzeugenden Regulierung bewegt die wirtschaftspolitische Debatte weltweit. Am 3. April 2012 diskutierten Manager und Politiker mit Reto Francioni, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Börse AG, über die Deutsche Börse und den Finanzplatz Frankfurt am Main im Lichte des internationalen Standortwettbewerbs.**

„So manch ein bedeutender Wirtschafts- und Finanzfachmann kommt aus der Schweiz. Das trifft auch für den wichtigsten Akteur am Frankfurter Börsenplatz zu. Man hört es am Akzent.“ So stellte Florian Gerster, Vorsitzender des Mangerkreises Rhein-Main, den Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Börse AG Reto Francioni vor. Dem Laien sei der promovierte Jurist spätestens seit der geplanten und dann verhinderten Fusion zwischen der Deutschen Börse und der New York Stock Exchange (NYSE) bekannt. Der international anerkannte Bankmanager repräsentiere eine der wichtigsten Organisationen im Rhein-Main-Gebiet, so Florian Gerster.

Unpräzise und mit einer gewissen Selbstverständlichkeit zum Understatement warb der Börsenchef für den volkswirtschaftlichen Nutzen seines Konzerns. „Ich will aber gar nicht leugnen, dass es so etwas wie Casino-Kapitalismus gibt. Aber dieser Kapitalismus hat seinen Platz gerade nicht an der Börse, sondern außerhalb der Börse im unregulierten, intransparenten Handel.“ Francioni verglich die Börse mit dem Straßenverkehr - mit Autobahnen, Sicherheitsvorschriften und Verkehrspolizei. Der außerbörsliche Handel sei dagegen zu weiten Teilen eine „Querfeldein-Rallye“, in der nur eine Regel gelte: das Recht des Stärkeren. „Wer die Börse schwächt, stärkt den außerbörslichen Handel“, betonte der Finanzkapitän vor rund 130 Gästen.

Durch den globalen Wettbewerb würden die Börsenorganisationen in den USA und in Europa von den „aufstrebenden Märkten“ in Asien zunehmend unter Druck gesetzt. Die Konsequenz daraus: Die Börsen könnten sich entscheiden, Nischen- oder Globalplayer zu werden.



Als Globalplayer mit Führungsrolle diversifizierten sie ihr Portfolio und erschlossen weltweit neue Märkte und Kunden. „Bei der Deutschen Börsen AG haben wir uns für die zweite Strategie entschieden“, erläuterte Reto Francioni. Momentan sei die Börse in Hongkong mit einer Marktkapitalisierung von rund 14 Milliarden Euro gemeinsam mit der Chicagoer Börse die Nummer eins unter den gelisteten Organisationen. Die Deutsche Börse liefere sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen um Platz drei mit der Börse von Brasilien und nicht etwa mit den Standorten in London oder New York. „Die Deutsche Börse ist als einzige europäische Börse in der globalen Führungsgruppe verblieben.“

Im Hinblick auf die Finanzmarktkrise und deren Regulierung begrüßt der Börsen-Chef die neu geschaffenen Aufsichtsstrukturen durch die Politik. Gleichzeitig warnt er vehement vor dem intransparenten Handel, der in der Krise noch weiter gestiegen sei. „Das Volumen der außerbörslichen Geschäfte betrug 2011 weltweit mehr als 700 Billionen Euro. Im Vergleich zum Jahr davor ist es nicht etwa geschrumpft, sondern um über 20 Prozent gewachsen.“

Eine Finanztransaktionssteuer lehnt der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Börsen AG ab, weil sie den Finanzstandort Europa im globalen Wettbewerb schwäche. Laut Francioni



würde die Steuer u. a. wirtschaftliche Verzerrungen auslösen und Wirtschaftswachstum bremsen. Sie würde Investitionsströme in weniger regulierte Märkte umlenken und langfristig Renten und Ersparnisse privater Haushalte mindern. Wenn die Steuer jedoch aus politischen Gründen unausweichlich sei, bedürfe es klarer Regeln, die in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten eingeführt werden müssten, um das Potenzial für Steuerflucht zu minimieren.

Insgesamt gesehen setzt der Börsen-Chef weniger auf höhere Steuern, sondern auf mehr Sicherheit, Integrität und verbessertes Risikomanagement. „Nur so bleiben wir global wettbewerbsfähig als Börse und als Finanzplatz“, bilanzierte Reto Francioni.

## **Noch 50 Tage bis zur Eröffnung des Hauptstadt-Flughafens...?**

**Unter dieser Überschrift sollte der folgende Artikel veröffentlicht werden, der inzwischen von den aktuellen Ereignissen „überrollt“ wurde. Wir wollen den Lesern aber die Eindrücke, die 35 Mitglieder des Managerkreises Berlin-Brandenburg bei der Besichtigung des Flughafens BBI am 12. April 2012 gewonnen haben, nicht vorenthalten.**

Das Interesse an dieser Veranstaltung war sehr groß. Nur wer sich frühzeitig angemeldet hatte und pünktlich in der Airportworld, dem Informationszentrum des neuen Berliner Großflughafens, erschienen war, konnte an der Gruppenführung teilnehmen:

Nachdem alle mit Sicherheitsgummistiefeln, -westen und -helmen ausgestattet waren, ging es mit dem Bus in Richtung des neuen Flughafengebäudes. Beim Blick aus dem Fenster waren die fertigen und noch sauberen Start- und Landebahnen zu sehen – noch ganz ohne Kerosinflecken und Brems Spuren auf dem Asphalt. Für die Flughafenfeuerwehr stehen hochmoderne Hallen und bezugsfertige Unterkünfte bereit. Die Gästeführerin erklärte die Anlage des Vorfelds und wie das Grund- und Oberflächenwasser über spezielle Sickerbecken um-

weltgerecht durch Ableitung in ein nahe gelegenes Klärwerk entsorgt wird.

Weiter ging es in Richtung Hauptgebäude. Das Hotel gegenüber dem Terminal erhält noch seinen letzten Schliff, um den Gästen ab August 2012 den Standard bieten zu können, den diese Hotelkette weltweit verspricht. In der Check-in-Halle - so hoch, dass man hier bequem Flugübungen machen könnte – lohnte sich der Blick nach oben. Dort flatterte ein großer, roter Teppich aus Metallgewebe. Das Kunstwerk der Amerikanerin Pae White greift das Motiv des fliegenden Teppichs auf, der allerhand Assoziationen bietet.

Es soll ein Flughafen der kurzen Wege sein – so der Anspruch der Planer. Daher sollen die Passagiere nach einem zügigen Check-In schnellstmöglich durch die in unmittelbarer Nähe befindlichen Sicherheitskontrollen geschleust werden. Von hier gelangen sie zum „Marketplace“, wo Läden, Restaurants, Duty-Free-Shops und Dienstleistungsangebote den Reisenden die Wartezeit verkürzen sollen. Zum Zeitpunkt der Führung war der Marktplatz noch eine Baustelle mit tausenden von Quadratmetern unverfugter Wand- und Bodenfließen. Elektrokabel baumelten von den Decken und aus den Wänden. Provisorische Rigipswände unterteilten verschiedene Bauabschnitte. Staubschichten soweit das Auge reicht. Man erklärte der Gruppe, dass auf der gesamten Großbaustelle 5.000 Menschen arbeiten. Nur einige wenige von ihnen waren zu sehen, die gerade ihr Werkzeug zusammenräumten. Sie schienen gleich Feierabend zu haben. Aber wo waren eigentlich die anderen 4.980 Arbeiter? Diese Frage blieb unbeantwortet.

Dafür erfuhren die Teilnehmer der Führung, dass schon jetzt an eine Erweiterung des Flughafens gedacht wird, da die Fluggastzahlen von heute fast 30 Millionen auf 50 Millionen steigen werden. Entsprechende Ausbaufächen für die Erweiterung sind bereits fest eingeplant. Wenn der neue Flughafen zum Drehkreuz wird, bedeutet das Starts und Landungen im Minutentakt. Dann wird das Thema Fluglärm erst richtig brisant.

Nach der Besichtigung trafen sich die Mitglieder des Managerkreises in einem nahegelegenen Hotel mit Wolfgang Schmidt, dem Wirtschaftsdezernenten des Landkreises Dahme-Spree, zu einem Hintergrundgespräch. Er erläuterte, was der Willy-Brandt-Flughafen für seine Region bedeutet. Der Landkreis ist einer der wachstumsstärksten Wirtschaftsstandorte in den neuen Bundesländern. Dies liege an der Nähe zur Hauptstadt, dem osteuropäischen Wirtschaftsraum und an der hervorragenden Verkehrsinfrastruktur verbunden mit einem unternehmerfreundlichen Klima. Den sich ansiedelnden Unternehmen biete man attraktive Gewerbeflächen, Investitionsförderungen und qualifizierte Fachkräfte, unter anderem auch aus den regionalen Hochschulen, so Wolfgang Schmidt. Allerdings gibt es ein deutliches Nord-Süd-Gefälle im Landkreis: Während rund um Schönefeld dank positiver Steuereinnahmen Wachstum zu verzeichnen ist, muss im strukturschwachen Süden eher Armut verwaltet werden. Dort will man gezielt auf Tourismus setzen. Wolfgang Schmidt warb leidenschaftlich für die wald- und wasserreiche Region.

Übrigens: Als Postleitzahl des Berliner Großflughafens wird 12521 Berlin angegeben. Diese PLZ gehört aber zu Schönefeld. Wir müssen der Tatsache ins Auge blicken: Berlin hat eigentlich keinen Flughafen!



## Wohlstand ohne Wachstum, geht das? – Wie Politik wirklich glücklich machen kann

**Politiker machen Gesetze, sie lassen Straßen bauen und diskutieren über Bildungsformen. Aber sind sie auch für das persönliche Glück der Menschen zuständig? Anders als in den Vereinigten Staaten ist das „Streben nach Glück“ in der Bundesrepublik kein verfassungsmäßig gesichertes Grundrecht. Bislang galt gemeinhin: Einer Gesellschaft geht es gut, wenn das Bruttoinlandsprodukt wächst. Der Wohlstand einer Gesellschaft wurde also vor allem in ökonomischen Kategorien gemessen. Aber stimmt diese Annahme, macht uns stetiges Wachstum als Gesellschaft automatisch zufriedener?**

In den Aussagen vieler Politiker sind Wachstum und Zufriedenheit oft miteinander verknüpft. Doch kann es auch Wohlstand ohne Wachstum geben? Gibt es einen Weg vom Bruttoinlandsprodukt zu einer Steigerung des ‚Bruttosozialglücks‘? Diese Fragen wurden beim Auftakt zu einer neuen Veranstaltungsreihe des BayernForums der Friedrich-Ebert-Stiftung am 16. April 2012 diskutiert. Das neue Format - die Denk.Bar - geht über einen politischen Stammtisch hinaus. Die Denk.Bar soll Gelegenheit bieten, in neue Richtungen zu denken und ausgetretene Pfade zu verlassen. Sie bietet ein Forum für Querdenker und Themen, die vielleicht nicht ganz oben auf der aktuellen politischen Tagesordnung stehen, doch dafür jene Bereiche berühren, die eine Gesellschaft im Innern zusammenhalten. Interessante Menschen aus Politik und Gesellschaft lassen an der Denk.Bar die Tagespolitik hinter sich und debattieren die grundlegenden Zukunftsfragen unserer Gesellschaft. Die Mitglieder des Managerkreises in Bayern waren dazu herzlich eingeladen worden.

Um der Frage auf den Grund zu gehen, ob die Politik für unser Glück zuständig ist, standen sich in der ersten Denk.Bar zwei recht unterschiedliche Personen gegenüber. Die Journalistin und Wirtschaftsexpertin Petra Pinzler hat

sich in ihrem Buch „Mehr ist nicht genug“ intensiv mit der Frage nach einem so genannten Bruttosozialglück beschäftigt. Sie diskutierte mit Florian Pronold, Landesvorsitzender der BayernSPD. Moderiert wurde das Gespräch von Özlem Sarikaya vom interkulturellen Magazin „Puzzle“ des Bayerischen Fernsehens.

Zum Einstieg in die Veranstaltung schilderte Petra Pinzler, warum sie begonnen hatte, sich mit dem Zusammenhang von Wachstum und Bevölkerungszufriedenheit zu beschäftigen. Die Journalistin hatte festgestellt, dass im öffentlichen Diskurs stets zwei grundverschiedene Thesen aufeinanderprallten. „Einerseits heißt es: Wir müssen wachsen, dann wird alles gut“, sagte Pinzler. „Doch andererseits bekommen wir immer wieder zu hören: Schnallt den Gürtel enger. Das passt doch nicht zusammen!“ Daraufhin stellte sich die Volkswirtin die Frage: Wozu sind Politik und Wirtschaft da? Für sie ist die Antwort klar: Damit die Menschen ein gutes Leben haben. Doch allzu oft sieht die Realität anders aus. Dann würden die Menschen das „immer mehr“ mit dem „immer besser“ verwechseln.

Weiter führte Pinzler aus, dass die moderne Forschung inzwischen an dem Zusammenhang zwischen Glück und Wachstum zweifeln lasse. Offensichtlich gebe es eine Reihe weiterer Faktoren, an denen man den Wohlstand einer Gesellschaft messen kann. Dazu gehörten Bildung, Sicherheit, Gerechtigkeit, Umwelt oder Zeit.

Pinzler, die lange als Korrespondentin im Ausland gelebt hat, berichtete über ihre Erfahrungen in anderen Ländern: „In den USA kann man sehr schnell dazugehören, wenn man genügend Geld hat“. Die Zufriedenheit in den USA habe aber trotz immensen Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren abgenommen. Auch im Vergleich der Zufriedenheit in verschiedenen Ländern, wie zum Beispiel Russland und Dänemark, zeige sich, dass die Menschen dort glücklicher seien, wo Bildung und Gesundheit gefördert und Korruption eingeschränkt würde. „Politik kann Menschen glücklich machen – oder unzufrieden.“

Doch warum führt steigendes Wachstum – anders als oft postuliert – offensichtlich nicht zwangsläufig zu steigender Zufriedenheit? Ihren Vortrag schloss Petra Pinzler mit der Frage, ob wir auch zufrieden leben können, wenn die Wirtschaft nicht wächst. „Es ist eines der letzten Tabus in der Politik zu fragen, ob wir Wachstum wirklich brauchen.“

Florian Pronold stimmte Pinzler in vielen Punkten zu, widersprach aber unter anderem dem Vorwurf, die Politik orientiere sich zu stark am ökonomischen Wachstumsbegriff: „Ich kann nicht feststellen, dass das Wachstum das goldene Kalb der Politik ist“, so Pronold. Es sei natürlich ein Kernproblem im bestehenden Wirtschaftssystem, dass es hauptsächlich auf Wachstum basiere, ohne dass der Wachstumsbegriff qualitativ gefüllt sei. Dies führe beispielsweise zu dem Problem, dass negatives Wachstum unmittelbar zu negativen Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme führe. „Die Frage von Glück und Zufriedenheit umfasst wesentlich mehr als reines Wachstum“. Die komplette Loslösung unseres Wohlstands vom Wachstum sei aber in unserem jetzigen Wirtschaftssystem nicht immer einfach. Da es den Menschen nicht automatisch besser gehe, wenn die Wirtschaft wachse, sei insbesondere qualitatives Wachstum wichtig. Es muss Aufgabe der Politik sein zu definieren, was gutes Wachstum ist, das primär dem Wohlergehen der Gesellschaft diene, so Pronold.



Der SPD-Politiker gab jedoch auch zu bedenken, dass in einer Debatte über Verzicht auf Wachstum die Gefahr drohe, jene zu vergessen, die gar kein Einkommen hätten. Erst müssten für alle die Grundbedürfnisse erfüllt sein. Deswegen gehöre es zur sozialdemokratischen Werteordnung zu fragen, wie wir Gerechtigkeit herstellen können. Pronold betonte: „Wie Wirtschaftswachstum verteilt wird, ist eine Machtfrage. Und die Sozialdemokratie will die Machtverhältnisse ändern.“

Diesem Abschlussstatement schloss sich auch die Journalistin Petra Pinzler an: „Wir sind kein komplett egoistischer Homo Oeconomicus. Wir sind abhängig von der Gesellschaft und das schränkt unsere Eigenverantwortung ein“.

## **Niedersachsens Unternehmen brauchen qualifizierte Nachwuchskräfte**

**Vor einem wunderbaren Panorama über dem Maschsee empfing der Managerkreis Niedersachsen/Bremen am 23. Mai 2012 den ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder und den Landesvorsitzenden der SPD Niedersachsen Stephan Weil zu einem Gespräch über das Thema „Zukunft Niedersachsen. Chancen einer aktiven Wirtschaftspolitik“.**



In seiner Begrüßung machte der Sprecher des Managerkreises Peter-Jürgen Schneider auf die Bedeutung für eine gelungene Rollenverteilung zwischen Staat und Wirtschaft aufmerksam. Er verwies dabei als Vorstandsvorsitzen-

der auf das Beispiel der Salzgitter AG; Gerhard Schröder habe während seiner Amtszeit als Landesherr mit seinem Verständnis von Wirtschaftspolitik die Grundlage für den gegenwärtigen Erfolg des Unternehmens geschaffen.

Gerhard Schröder griff dieses Beispiel auf und machte deutlich, dass verschiedene Aspekte aus seiner Amtszeit dafür gesorgt hätten, dass die deutsche Wirtschaft im Vergleich zu anderen europäischen Ländern bisher besser durch die Krise gekommen. Das sind zum einen die starke industrielle Struktur, die auch Grundlage für einen hoch innovativen Mittelstand ist, zum anderen die gelebte Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite und weitere durch die Agenda 2010 angestoßene Reformen. In vielen Ländern seien diese Ideen mittlerweile aufgegriffen worden. Als Problem der Zukunft erwähnte der Altkanzler den drohenden Fachkräftemangel, hier müssen Politik und Wirtschaft mit massiven Investitionen in Bildung sowie Forschung und Entwicklung entgegenwirken, um qualifizierte Arbeitskräfte auszubilden und vor Ort zu halten. „Deutschland ist ein Einwanderungsland und muss es auch bleiben“, so Schröder. Für ihn sei vor allem die bessere Integration von MigrantInnen ins Berufsleben der Schlüssel zum Erfolg, ebenso wie eine engagiertere Familienpolitik.

Ähnlich äußerte sich auch Stephan Weil. Er sei Gerhard Schröder stets in „kritischer Sympathie“ verbunden gewesen und habe vor allem dessen kontinuierlichen Dialog zwischen Politik und Wirtschaft begrüßt. Die Wünsche der Wirtschaft an die Politik hätten sich heute verändert. Eine der größten Erwartungen der Unternehmer an sie sei heutzutage vor allem die Schaffung von Rahmenbedingungen für qualifizierte Nachwuchskräfte. Er fühle sich der Bildungspolitik in besonderer Weise verpflichtet.

Der aktuellen Regierung in Berlin warf er eine „zahnlose Politik“ bei der aktuellen Energiewende vor, auch in Niedersachsen sei bis jetzt die Chance vertan worden, sich im Zuge dieses Wandels als „Energiland Nr. 1“ zu etablieren

und Fachkräfte ins Land zu holen. Bezüglich der Energiewende forderte auch der Altkanzler „Nägel mit Köpfen“. Es müssten von politischer Seite klare Aussagen gemacht und mitunter auch Entscheidungen gegen öffentliche Widerstände getroffen werden.

## **Was kann die NRW.Bank für NRW tun?**

**Dies war die zentrale Fragestellung für das Hintergrundgespräch am 25. April 2012 in Düsseldorf mit Dietmar Binkowska, dem Vorstandsvorsitzenden der NRW.Bank.**

Rund 40 Mitglieder des Managerkreises NRW waren der Einladung gefolgt um die Rolle der NRW.Bank als Förderbank für das Land Nordrhein-Westfalen zu diskutieren.

Zunächst wurde der Weg von der Landesbank NRW zur NRW.Bank als Förderbank für Nordrhein-Westfalen dargestellt. In ihrer strategischen Ausrichtung konzentriert sich die Bank auf die Felder „Gründen und Wachsen“, „Wohnen und Leben“ sowie „Entwickeln und Schützen“. In diese Förderfelder hat die NRW.Bank im Jahr 2011 ein Volumen von 8,1 Mrd. Euro vergeben. Schwerpunkt für das Jahr 2012 ist insbesondere die Unterstützung der Klimaschutzzeile und die Beschleunigung der Energiewende.

In der anschließenden Diskussion ging es insbesondere darum, wie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik der zukünftigen Landesregierung die Rolle der Landesstrukturbank „NRW.Bank“ offensiv zu interpretieren sei und wo man diese in Teilbereichen neu definieren könne.

Besonders in den Bereichen der energiewirtschaftlichen Wende, der Erhöhung der Ressourceneffizienz, in der Bildungs- und Wissensoffensive und in der Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte sei deren Rolle gefragt, so einige der Teilnehmer.

In den Redebeiträgen wurden neue Ideen zur nachhaltigen Sanierung der öffentlichen Haus-

halte in NRW gefordert, um deflationäre Tendenzen wegen Ausfall der größten Infrastrukturinvestoren, der Kommunen, zu verhindern.

Mit Hilfe z. B. von Fondslösungen zur Umfinanzierung der kommunalen Schulden könnten neue Finanzierungsspielräume geschaffen werden, die schon heute durch den Rückzug von immer mehr Geschäftsbanken und später wegen möglicherweise steigender Zinssätze für die Kommunen immer enger würden.

## **Der Managerkreis Bayern unterwegs**

Am 26. April 2012 hatten die Mitglieder des Managerkreises die Gelegenheit zu einer Betriebsbesichtigung bei dem Modeunternehmen Bogner in Kirchheim/Heimstetten. Sie erfuhren, dass die Willy Bogner GmbH & Co. KGaA weltweit ca. 730 Mitarbeiter beschäftigt, davon 655 in Deutschland. Das Unternehmen unterhält weltweit 60 Bogner-Geschäfte, davon 12 eigene und 48 Franchising-Geschäfte, 143 Shops-in-Shop sowie neun Outlets (davon sieben in Deutschland).

Die Führung der Managerkreis-Gruppe übernahm Michael Gruber, im Unternehmen verantwortlich für Produktion und Logistik. Die Teilnehmer hatten Gelegenheit, die Endkontrolle und Produktionsabläufe sowie die Olympiaausstattung für London kennenzulernen. Das Modelabel Bogner sponsert das deutsche Olympia-Team erstmals zu den Sommerspielen mit einer Kollektion.



## Kann man Akzeptanz kaufen? Die Rolle der Medien bei der gesellschaftlichen Meinungsbildung

**Es gilt als wissenschaftlich hinreichend belegt, dass mehr Information nicht zwingend zu mehr Akzeptanz gegenüber umstrittenen öffentlichen Projekten führt. So bedarf es häufig weiterer Ressourcen, personeller wie finanzieller Art, um bei widerstrebenden Akteuren oder potenziell Betroffenen die Billigung eines Vorhabens zu erreichen. Dies impliziert geradezu die Frage: Kann man Akzeptanz kaufen?**



Genauso lautete der bewusst zugespitzte Titel der zweiten Runde der Diskussionsreihe „Akzeptanz als strategischer Faktor“, zu der am 26. April 2012 der Managerkreis nach Leipzig eingeladen hatte. Uwe Hitschfeld, Fachmann für strategische Unternehmensberatung moderierte die Veranstaltung. Als Gäste waren geladen: Günter Bentele, Inhaber des Lehrstuhls Öffentlichkeitsarbeit/PR am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaften der Universität Leipzig, sowie der Journalist Burkhard Birke von DeutschlandRadio Berlin.

Burkhard Birke verwies darauf, dass keine Berufsgruppe stärker von Politik und Wirtschaft umworben werde als die der Journalisten. So gebe es allein rund 1.300 Journalistenrabatte. „Offenbar geistert durch die Unternehmen die Vorstellung, man kann Medien und ihre Mitarbeiter kaufen, ködern und für seine Sache gewinnen“, so der Radiomann. Selbst auf öffentlich-rechtlichen Sendern laste „politischer Druck“. So habe die sächsische CDU unlängst versucht, bei der Wahl des neuen MDR-Intendanten ihren Mann durchzuboxen, wenn auch

vergeblich. Daneben gebe es noch weitere Interessenskonflikte, weil Medien zum einen mit Werbung auch Geld verdienen und zum anderen große Verlage zuweilen auch Eigentum von Wirtschaftsunternehmen sind, so Birke.

„Natürlich kann man Akzeptanz auch kaufen“, versicherte ebenso Günter Bentele. In bestimmten Fällen sei es auch geradezu notwendig, dass man über finanzielle und personelle Ressourcen verfügt, um spezielle Informationen unter das Volk bringen zu können. Als Beispiel nannte er die gesundheitliche Aufklärung, etwa Aids-Kampagnen. Allein das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung stecke regelmäßig mehrere Millionen in aufklärende Kampagnenkommunikation, die die Menschen über politische Entscheidungen informieren sollen. Aber auch der Energiekonzern E.on habe vor einigen Jahren 30 bis 35 Millionen Euro investiert, um seinen Namen binnen eines Jahres für 80 Prozent der Bevölkerung bekannt – quasi akzeptabel – zu machen.

Bezogen auf die „käufliche“ Rolle der Medien sind nach Beobachtung des Leipziger Wissenschaftlers gerade kleine und finanzschwache Medien nicht nur auf Werbeeinnahmen angewiesen, sondern auch auf mediale Zulieferungen aus der Wirtschaft. Werde dann etwas mehr geliefert, mache man daraus auch schon mal einen positiven Artikel, so Bentele. In seinen Augen zeigt „die Praxis, dass Journalisten bis zu bestimmten Punkten käuflich sind“. Überdies gebe es den „systematischen Versuch“ aus Politik und Wirtschaft, thematisch auf die Medien Einfluss zu nehmen. Solange diese die Themen aufgriffen, ohne sich dabei „bestechen zu lassen“, sondern diese eher noch kritisch kommentierten, sei dies auch in Ordnung.

Dennoch lässt sich Akzeptanz für Bentele „nicht ohne einen oder sogar mehrere kommunikative Prozesse herstellen“. Hierin sieht er zugleich das Risiko, denn Kommunikation sei „nie hundertprozentig vorhersagbar, sondern ein sehr komplexer Prozess“. Selbst wenn noch so viele Ressourcen aufgewandt würden, um bestimm-





te Informationen zu lancieren, entscheide doch letztlich der Rezipient, ob er jene Fakten und Argumente als positiv oder eher negativ werte. Mithin habe Akzeptanz bei Menschen, die in strittige Projekte oder deren mögliche Folgen involviert sind, sehr viel auch mit deren Bereitschaft zu tun, diese Information überhaupt empfangen zu wollen. Somit lasse sich nicht automatisch mit viel Geld auch beliebige Akzeptanz herstellen.

Beide Gesprächspartner gaben zugleich zu bedenken, dass selbst die demokratische Legitimität von Entscheidungsverfahren oder parlamentarischen Mehrheitsabstimmungen nicht zwangsläufig ausreichend Akzeptanz schaffe. „Die Leute sehen mittlerweile genauer hin“, so Bentele. Im Detail entdeckten sie dann viele Feinheiten, die sich kritisch beleuchten lassen. Stuttgart 21 sei dafür ein beredtes Beispiel. Wie in diesem Fall bedürfe es dann eines Mediationsverfahrens und danach noch einer Volksabstimmung, um das Großprojekt wenigstens bei einer Mehrheit zu einer vorläufigen Akzeptanz zu bringen.

Moderator Uwe Hitschfeld lenkte das Augenmerk auch auf den Bürgerentscheid zur Hamburger Schulreform im Jahre 2010. Mit diesem hatte ein eher elitäres Mittelbürgertum Strukturverbesserungen zugunsten von Kindern aus schwierigeren Verhältnissen verhindert. Dessen Aktivisten hätten eine „starke Kommunikationskraft sowie eine hohe Kampagnenfähigkeit“ entwickelt und damit diesen Bürgerentscheid mit relativ wenig Stimmen zu ihren Gunsten entschieden. „Wenn das also funktioniert“, so Hitschfeld, „wenn Leute dies vermögen oder aber Geld und Macht besitzen, um solche kommunikativen Qualitäten zu kaufen und damit eine öffentliche Debatte in ihrem Sinne beeinflussen können – führt das nicht letztlich zu einem amerikanischen System?“, fragte er.

Birke räumte in der Tat ein, dass bei solchen Bürgerbeteiligungen „natürlich immer die Gefahr besteht, dass eine relative Minderheit einer schweigenden Mehrheit ihren Willen aufdrückt“.

Wirkliche Objektivität gebe es denn in problematischen Verfahren auch nicht, ist er sicher. Gerade im Internet kursierten mittlerweile zu jedem Projekt Unmassen an Informationen und Meinungen meist einseitiger Art. Die Aufgabe von Journalisten müsse es hier sein, aus jener Flut viele subjektive Informationen zu erfassen, diese zusammen- bzw. auch gegenüberzustellen, so dass sich der Rezipient ein möglichst umfassendes Bild machen kann. Das Internet sei jedenfalls kein neutrales Medium.

Aus Beispielen wie der Hamburger Bildungsreform entzündete sich zudem stets auch die Frage, wie viel direkte Demokratie eine Gesellschaft brauche und wie viel sie verkrafte, gab der Radiojournalist zu bedenken. Damit war er wieder bei Stuttgart 21. Denn eben hier habe sich „ganz eindeutig gezeigt, dass unsere bisherigen Planfeststellungsverfahren wie auch die bisherigen Verfahren zur Bürgerbeteiligung bei solchen Großprojekten ineffizient sind“. Zugleich glaubt Birke aber nicht, dass Deutschland zu Schweizer Modellen kommt, wonach jeder über alles abstimmen könne.

Moderator Uwe Hitschfeld spitze die Eingangsfrage zum Schluss noch einmal zu: „MUSS man Akzeptanz kaufen?“ Erneut stimmten beide Gesprächspartner im Wesentlichen zu. Günter Bentele bestätigte auch hier, dass heute ein Mindestmaß an Ressourcen für die Kommunikation nötig sei, um für ein heikles Vorhaben Akzeptanz herzustellen. Es gebe zwar auch glückliche Fälle, wo es auch ohne diesen Aufwand funktionierte, aber eben auch sehr viele Beispiele, die diese Erkenntnis belegten. Bei alledem bleibe es aber immer ein „komplexes Spiel zwischen Kommunikator und Rezipient“, da letzterer natürlich auch mitspielen müsse.

## **Klimadebatte und Energiepolitik**

**Am 7. Mai 2012 hatten der Managerkreis Bayern und das BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung zu einem Business Lunch eingeladen, um über den aktuellen Stand der Klimadebatte zu informieren.**

Die Veranstaltung wurde von der Sprecherin des bayerischen Managerkreises Klaudia Martini moderiert. Gastredner war Fritz Vahrenholt, Vorstandsvorsitzender der RWE Innogy GmbH, einer Tochtergesellschaft des deutschen Energieversorgers RWE, die innerhalb des Konzerns rund um die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieformen aktiv ist.



Konsens war, dass Politik und Gesellschaft die Energiewende haben wollen und heute die Weichen für die Zukunft gestellt werden müssen. Wichtigster Baustein ist dabei der massive Ausbau der erneuerbaren Energie. Deutschland könne im Jahr 2050 zu achtzig Prozent klimaschonend mit Strom aus erneuerbaren Energie versorgt werden, erläuterte der RWE-Manager. In 2020 könnten bereits 20 Prozent der Stromerzeugungskapazität aus diesem Bereich kommen. Im Offshore-Windkraft-Segment habe das Unternehmen Kapazitäten von mehr als 1.000 Megawatt im Bau.

Eines machte Fritz Vahrenholt deutlich: Die Energiewende kann nur gelingen, wenn alle Voraussetzungen dafür zeitnah geschaffen werden, wie zum Beispiel der Netzausbau und Speichermöglichkeiten. Offene Fragen bleiben: Was ist mit der Akzeptanz für Leitungsmasten und Windräder im Landschaftsbild? Wird es gelingen, wirtschaftliche und moderne Kraftwerke zu entwickeln? Wird der Strom bezahlbar sein für die Bevölkerung und bleibt die Industrie bei steigenden Energiekosten wettbewerbsfähig?

In seinem aktuellen Buch „Die kalte Sonne“ vertritt Fritz Vahrenholt klimaskeptische Thesen, die in der Wissenschaft äußerst kontrovers

diskutiert werden. Wird der Klimawandel herbeigeredet? Gibt es eine CO2 Lüge? Der Autor ist davon überzeugt, dass vor allem die Sonne und nicht der CO2 Ausstoß der Menschheit für die Globale Erwärmung verantwortlich ist. Daraus resultiert Vahrenholts politische Forderung, sich etwas mehr Zeit für den Umbau des Energiesystems zu lassen. Diese Frage konnte im Rahmen dieser Veranstaltung nicht wirklich abschließend diskutiert werden, aber allen Teilnehmern war klar, dass die Energiewende als Innovationschance zu begreifen ist, die mit konstruktiven Beiträgen und allen sinnvollen Maßnahmen vorangebracht werden muss.

## Sozialdemokratie gewinnt in NRW – Analyse der Landtagswahlen

Zwei Tage nach der überraschend deutlich ausgefallenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, mit der Bestätigung der rot-grünen Regierung unter der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, kamen die Mitglieder des Managerkreises NRW zusammen, um mit Manfred Güllner, Geschäftsführer der forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analyse, das Wahlergebnis zu diskutieren.



Manfred Güllner zeigte in dem Düsseldorfer Hintergrundgespräch die Entwicklung der Wahlergebnisse in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahrzehnten auf und verdeutlichte, wie der Ausgang der Landtagswahl am 13. Mai 2012 im Detail zustande kam. Bedenklich stimmten Güllner die Anteile der Volksparteien am Gesamtelektorat. Zwar gelinge es, trotz des erweiterten Parteiensystems stabile Mehrhei-

ten zu erreichen, jedoch repräsentierten diese aufgrund des hohen Anteils an Wahlenthaltungen einen immer geringer werdenden Teil der Bevölkerung.

Besonderes Augenmerk legte der Forsa-Chef auf die Piratenpartei, zeigte die Wählerwanderungsströme auf und betonte, dass diese neben der hohen Nichtwählermobilisierung aus allen Parteien erhebliche Stimmenanteile abholen konnten.

Kontrovers diskutierten die Teilnehmer der Veranstaltung im Anschluss an die Präsentation, wie sich die Parteien aufstellen müssten, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen und wie das immer weiter ausdifferenzierende Parteiensystem in Deutschland eine Gefahr für die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie sein könnte.

Manfred Güllner zeigte am Beispiel Dänemarks auf, dass sinkende Wahlbeteiligung keine Zwangsläufigkeit sein müsse. Dort sei seit vielen Jahrzehnten die Beteiligung bei den Folketingwahlen auf hohem Niveau stabil. Die Politik in Deutschland müsse sich daher anstrengen, Vertrauen zurückzugewinnen und attraktiv für den Wähler zu sein.

## **Jobmotor oder Standortrisiko? Die Energiewende in Deutschland**

**Die Teilnehmer der Veranstaltung am 23. Mai 2012 konnten im gefüllten Gästehaus der Goethe-Universität Frankfurt einer spannenden Diskussion folgen, die nicht arm an Kontroversen war. Florian Gerster, Vorsitzender des Managerkreises Rhein-Main, präsentierte zum Thema Energiewende in Deutschland zwei hochkarätige Vertreter sehr gegensätzlicher Meinungen.**



**Thorsten Schäfer-Gümbel, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und der Energiekommission der Bundes-SPD, nahm das Rededuell mit Fritz Vahrenholt, Vorsitzender der Geschäftsführung von RWE Innogy, auf.**

Vahrenholt, der bekannt ist für seine kritische Haltung zum Klimawandel, untermauerte seine Position in einer einführenden Präsentation mit Zahlen: Seit der Jahrtausendwende sei die Temperatur auf der Erde eher gesunken als gestiegen – trotz weiter gewaltig steigender CO<sub>2</sub>-Emissionen. Die erwartete Abschwächung der Klimaerwärmung gebe uns mehr Zeit für die Energiewende.

Dass die erneuerbaren Energien ein wesentlicher Pfeiler der Stromversorgung werden, glaubt auch Vahrenholt. Wenn ihr Anteil aber über 50 Prozent steige, nähmen Kosten und Instabilität des Energienetzes zu. Nicht zuletzt weil Deutschland mit seiner rasanten Energiewende weltweit keine Nachahmer finde, „brauchen wir keine überhastete, von Angst getriebene Energiepolitik“. Das Energiekonzept der Bundesregierung sei sehr ambitioniert. So sei es schwer vorstellbar, dass Deutschland bei einem weiter wachsenden Energiebedarf alleine durch erhöhte Energieeffizienz deutliche Strommengen einsparen könne.

In seiner Gegenrede skizzierte Schäfer-Gümbel seine Position: Gerade weil wir weltweit Vorreiter seien, profitierten wir von der deutschen Energiewende in besonderem Maße. Deutschland sei bekannt als Land der Innovationen. Gerade diese Eigenschaft sei wichtig für seine wirtschaftliche Stärke in Europa und der Welt. Die Energiewende schaffe Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum. Der Vorsitzende der SPD-Energiekommission ging davon aus, dass die gesamte Energieversorgung in Deutschland bis 2050 durch erneuerbare Energien abgedeckt werden könne.

Schäfer-Gümbel forderte die Bundesregierung sowie die Hessische Landesregierung auf, die

Energiewende stärker zu forcieren. Der Netzausbau gehe viel zu schleppend voran. Der neue Bundesumweltminister Peter Altmaier müsse schleunigst aktiv werden und die von seinem Vorgänger Norbert Röttgen übernommenen Probleme und Baustellen angehen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion, die von Silke Hillesheim vom SWR, Vorstandsmitglied des Managerkreises Rhein-Main, moderiert wurde, wurden die gegensätzlichen Positionen besonders deutlich. In kaum einem Punkt konnten die beiden Kontrahenten des Abends Einigkeit erzielen. Auch seitens der Mitglieder des Managerkreises und der Gäste, die sich mit ihren Fragen und Meinungen in die Diskussion einbrachten, gab es Unterstützung sowohl für Vahrenholt als auch Schäfer-Gümbel. Die abschließende Bitte, die Ergebnisse des Abends in einem Satz zusammenzufassen, machte die Kontroverse deutlich: Fritz Vahrenholt riet zu einer gemäßigten, nachhaltigen Energiewende und ging davon aus, dass der Jobmotor durch die erneuerbaren Energien erst langsam in Fahrt komme. Demgegenüber hielt Thorsten Schäfer-Gümbel eine beschleunigte Energiewende für unabdingbar im Interesse der deutschen Wirtschaft und prognostizierte einen „neuen Marshallplan für Deutschland“.

## Hintergrundgespräch mit Jörg Asmussen

**Bereits mit Anfang 30 leitete Jörg Asmussen das Ministerbüro von Hans Eichel, 2008 wurde er zum Staatssekretär ernannt und auch nach dem Regierungswechsel 2009 im Amt gehalten. Zum Jahresbeginn wechselte er vom Finanzministerium in das Direktorium der Europäischen Zentralbank. Für ein Hintergrundgespräch mit dem Steering-Komitee des Managerkreises war er am 31. Mai 2012 in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin zu Gast.**

Warum Deutschland als ehemals „kranker Mann Europas“ vergleichsweise gut dasteht, über Irland der Schatten eines zu großen Ban-

kensektors liegt, wie Portugal dabei ist, seine „Hausaufgaben“ zu machen, und weshalb Griechenland ein einzigartiger Fall ist, erklärte Jörg Asmussen in seinem Eingangsstatement. In der anschließenden Diskussion betonte er die Stabilität des Euros sowie seine hohe Bedeutung als internationale Reservewährung.

In Bezug auf die Frage, wie Europa sich zukünftig weiterentwickeln muss, zeigte sich Asmussen optimistisch. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise habe Europa bewiesen, dass es in der Lage ist, sich zu reformieren und seine Handlungsfähigkeit zu erhöhen.

## Literaturhinweise

### Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte Heft 5/2012

Beim Thema Rechtsextremismus geht es meist um drei Fragen: Wie ist er derzeit in Deutschland verbreitet? Welche Rolle spielt die Krise der repräsentativen Demokratie für diese Szene? Ist der Rechtsextremismus vorrangig ein Ostphänomen? Wichtig wäre ergänzend auch noch ein Blick auf die kulturelle Dimension. Die aktuelle Ausgabe der Frankfurter Hefte beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den wichtigsten Aspekten dieses Phänomens und vielen anderen spannenden Themen.



[www.frankfurter-hefte.de/Aktuelle-Ausgabe/Inhaltsverzeichnis/](http://www.frankfurter-hefte.de/Aktuelle-Ausgabe/Inhaltsverzeichnis/)

### WISO direkt Johannes Blome-Drees: Wirtschaftliche Nachhaltigkeit statt Shareholder Value - Das genossenschaftliche Geschäftsmodell

In der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise haben Ge-





nossenschaften ihre Stärken wieder einmal eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Als Anker der Stabilität und Sicherheit stellen sie einen Hort der wirtschaftlichen Nachhaltigkeit dar. Dies beruht auf einem Geschäftsmodell, das durch eine langfristige Mitgliederorientierung, regionale Verankerung, verbundwirtschaftliche Kooperation, ein adäquates Prüfungswesen, risikobewusstes Management und einen vergleichsweise geringen Gewinnanspruch gekennzeichnet ist. Diese strukturellen Merkmale machen Genossenschaften einzigartig und verschaffen Wettbewerbsvorteile, wenn es darum geht, angemessene Antworten auf momentane und zukünftige Herausforderungen zu geben.

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/08964.pdf>



Die Friedrich-Ebert-Stiftung verleiht jährlich den Preis „Das politische Buch“. Durch den Preis wird die große Bedeutung des politischen Buchs für die lebendige Demokratie gewürdigt. Er wird verliehen an herausragende Neuerscheinungen, die sich in kritischer Auseinandersetzung gesellschaftspolitischen Fragestellungen annehmen, diese auf der Höhe der Zeit durchdringen und einem breiten Publikum verständlich machen. Ausgezeichnet werden Bücher, die richtungsweisende Diskurse anstoßen und wichtige Impulse für die Auseinandersetzung mit zentralen politischen Fragen geben. Die prämierten Bücher sollen politisches Interesse stärken und gesellschaftspolitisches Engagement befördern. Sie müssen in deutscher Sprache vorliegen.

Der Preis „Das politische Buch“ zählt zu den bedeutendsten Buchpreisen dieser Art im deutschsprachigen Raum. Er ist mit 10.000 Euro dotiert. Die Entscheidung über die Vergabe trifft eine unabhängige Jury. Außerdem stellt die Jury eine Liste mit weiteren empfehlenswerten politischen Büchern zusammen.

In mahrender Erinnerung an die nationalsozialistische Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 findet die Preisverleihung jährlich im Mai statt.

## Der Preisträger 2012

Colin Crouch:

**Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus.**  
Berlin: Edition Suhrkamp, 2011.



Die Krise der Finanzmärkte, die 2008 einen Höhepunkt erreicht hatte, konnte nur mit erheblicher staatlicher Hilfe, d. h. mit Steuergeldern, abgefedert werden.

Drei Jahre später beherrschen die damals vor dem Absturz geretteten Großbanken, die Vorposten neoliberaler Ideologie, wieder das wirtschaftliche und politische Geschehen. Der britische Sozialwissenschaftler Colin Crouch untersucht diese Problematik in seinem Buch „Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“. Er beschreibt die Veränderungen der klassischen Markttheorien bis hin zum heutigen Neoliberalismus und zeigt auf, dass es die reine Marktwirtschaft, in der das freie Spiel von Nachfrage und Angebot herrscht, nicht gibt. Die Bedingungen der Unternehmen am Markt sind höchst unterschiedlich. Denn nur Großkonzerne sind in der Lage, sich Informationen zu beschaffen, um effizientere Entscheidungen zu treffen und bei Konsumenten Wünsche zu erzeugen. Darüber hinaus wird von den großen (transnationalen) Unternehmen Einfluss auf Parteien und Regierungen ausgeübt und indirekt die Demokratie ausgehöhlt. Crouch gibt uns eine differenzierte Analyse des gegenwärtigen komplexen wirtschaftspolitischen Geschehens mit seinen verhängnisvollen Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft.

Einfache Lösungsvorschläge hat Crouch nicht parat, er vermittelt aber wertvolles Wissen über die Macht der Großkonzerne und ermutigt zu engagiertem Dagegenhalten mittels einer aktiven, vielstimmigen Zivilgesellschaft, um die Nutznießer des neoliberalen Arrangements unter Druck zu setzen. Sein Buch leistet damit einen wesentlichen Beitrag für die politische Diskussion.



## Terminübersicht

Die Aufstellung enthält nur Veranstaltungen, deren Termine bereits festliegen. Zu jeder Veranstaltung werden rechtzeitig Einladungen versandt. Zu den Hintergrundgesprächen werden nur Mitglieder des Managerkreises eingeladen.

<p><b>Managerkreis Baden-Württemberg</b>, Podiumsdiskussion <i>Komplexe Stadt – Komplexe Stadtpolitik</i></p> <p>Impuls: <b>Frank Mentrup</b>, MdL, Politischer Staatssekretär im Kultusministerium Podium: <b>Detlef Kurth</b>, Studiendekan Master Studiengang Stadtplanung, Hochschule für Technik Stuttgart; <b>Ulrich Pfeiffer</b>, empirca AG, Beratungsunternehmen im Bereich Regional- und Stadtentwicklung; <b>Rotraut Weeber</b>, Weeber+Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung, HfWU Nürtingen-Geislingen, Moderation: <b>Werner Engelhardt</b>, Herkules Consulting und Vorstand des Managerkreises</p>	<p><b>27.06.2012</b> <b>Karlsruhe</b></p>
<p><b>Managerkreis Rhein-Main</b>, Podiumsdiskussion <i>Digitale Wirtschaft – Jobmotor der Zukunft?</i></p> <p>Einführung: <b>Carlo Velten</b>, Senior Advisor Experton Group AG mit <b>Elke Guhl</b>, Monster Worldwide Deutschland GmbH; <b>Wolfram Jost</b>, Software AG; <b>Michael Waidner</b>, TU Darmstadt,; <b>Avni Yerli</b>, Crytek GmbH</p>	<p><b>04.07.2012</b> <b>Darmstadt</b></p>
<p><b>Managerkreis Niedersachsen-Bremen</b>, Diskussionsveranstaltung <i>Zukunft in Niedersachsen – Chancen einer aktiven Wirtschaftspolitik</i></p> <p>mit <b>Gerhard Schröder</b>, Bundeskanzler a.D., und <b>Stephan Weil</b>, Oberbürgermeister Hannover</p>	<p><b>11.07.2012</b> <b>Braunschweig</b></p>
<p><b>Managerkreis Nord-Ost</b>, Hintergrundgespräch (nur für Mitglieder)</p> <p>mit <b>Manuela Schwesig</b>, Ministerin für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes Mecklenburg-Vorpommern</p>	<p><b>03.08.2012</b> <b>Rostock</b></p>
<p><b>Managerkreis Niedersachsen-Bremen</b>, Diskussionsveranstaltung <i>Zukunft in Niedersachsen – Chancen einer aktiven Wirtschaftspolitik</i></p> <p>mit <b>Gerhard Schröder</b>, Bundeskanzler a.D., und <b>Stephan Weil</b>, Oberbürgermeister Hannover</p>	<p><b>28.08.2012</b> <b>Osnabrück</b></p>
<p><b>Managerkreis Berlin-Brandenburg</b>, Managerkreis unterwegs (nur für Mitglieder) <i>Besichtigung Hybridkraftwerk</i></p>	<p><b>30.08.2012</b> <b>Dauerthal</b></p>
<p><b>Managerkreis Ost</b>, Podiumsdiskussion <i>Akzeptanz als strategischer Erfolgsfaktor (Teil 3) –Der Unterschied zwischen Recht und Richtig und seine Auswirkungen im politischen Alltag</i></p> <p>Mit <b>Uwe Hitschfeld</b> Büro für strategische Beratung GmbH; u. a.</p>	<p><b>11.09.2012</b> <b>Leipzig</b></p>
<p><b>Managerkreis Nord-Ost</b>, Hintergrundgespräch (nur für Mitglieder)</p> <p>mit <b>Volker Schlotmann</b>, Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung in Mecklenburg-Vorpommern</p>	<p><b>13.09.2012</b> <b>Schwerin</b></p>